



NEWSLETTER MÄRZ 2020

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

am Sonntag begehen wir den Weltfrauentag. Diesen stellen wir als SPD-Fraktion in diesem Jahr unter das Motto „Mehr Frauen in die Parlamente“. Das wollen wir durch ein Paritätsgesetz erreichen, das Frauen und Männer bei der Aufstellung von Wahllisten 1:1 berücksichtigt. Ende März haben wir hierzu eine Anhörung im Landtag. Das Gesetz ist bei



CDU und FDP umstritten. Aber immer mehr Frauenverbände, selbst die, die dem konservativen Lager nahe stehen, fordern ein solches Gesetz ein. Helfen Sie/helft mit, dass dieser Protest Erfolg zeigt!

Das Thema gerät in turbulenten Zeiten wie diesen, in denen rechts-extreme Vorfälle und das Corona-Virus den Alltag bestimmen, leider unter. Auch diese Ausgabe meines Wahlkreis-Newsletters widmet sich ausführlich dem Thema Rechtsextremismus. Ein Thema, das mich sehr bewegt.

Ich wünsche allen Frauen einen kämpferischen Weltfrauentag und allen Leser*innen eine interessante Lektüre.

Ihre/Eure

Anja Butschkau



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Es reicht! Aufstehen gegen rechte Hetze!

Mit großer Sorge habe ich vom Anschlag in Hanau erfahren. Mein Mitgefühl gilt allen Angehörigen und den Menschen in Hanau. Der Vorfall an sich ist schon an Schrecklichkeit kaum zu überbieten. Zehn Menschen wurden kaltblütig aus dem Leben gerissen. Hintergrund: Rassismus. An dem gesellschaftlichen Klima, in dem ausländerfeindliche und rechtsterroristische Morde, Sach- und Körperverletzungen und Bedrohungen immer mehr zunehmen, trägt rechte Hetze einen entscheidenden Anteil.

Der Anschlag von Hanau ist schon seit langem kein Einzelfall mehr. Der Mord an Walter Lübcke, die Terroranschläge in Halle, Bedrohungen von und Anschläge auf unzählige Kommunalpolitiker*innen in ganz Deutschland zeigen eine deutliche Tendenz. Jedes Mal sind rechtsextreme Weltansichten der Hintergrund. Früher hieß es: Wehret den Anfängen! Heute müssen wir feststellen, dass der Anfang bereits überschritten wurde.

Rechte Hetze befördert die Gewalt gegen Ausländer, Minderheiten und politisch anders denkende Menschen. Hetze gegen Ausländer, insbesondere Muslime, vor allem aber auch gegen Jüdinnen und Juden nehmen zu. Sie findet nicht mehr nur hinter der Hand statt, sondern werden immer häufiger offen geäußert. Sie ist salonfähig geworden. Sie ist kein Tabu mehr. Unsere Gesellschaft tut gerade sehr viel dafür, dass Deutschlands dunkle Vergangenheit uns wieder einholt.

Die nicht endende Hetze, die die AfD auf allen Kanälen absetzt, ist gesellschaftlicher Sprengstoff. In diesen Tagen wurde zu Recht Strafanzeige gegen die AfD-Fraktion im Landtag gestellt. Das Malbuch, das auf Veranstaltungen der Fraktion verteilt wurde, diffamiert Muslime auf unfassbare Weise und schürt Rassismus. Dass Kinder Adressaten dieser Aktion sind, zeigt, welcher Geist in der AfD steckt und wie man mit Mitteln der nationalsozialistischen Propaganda bereits Kinder zu indoktrinieren versucht.

Im Landtag fällt die AfD immer wieder durch Provokationen und Diffamierungen auf. Die Sprache erinnert immer wieder an Reden aus der Zeit des Nationalsozialismus. Immer stärker lässt die AfD ihre faschistische Seite raushängen. „Das wird man ja noch sagen dürfen“ – ich kann es nicht mehr hören. Und jedes Mal, wenn eine Grenze überschritten wird, wird im Anschluss immer brav zurückgerudert: Das war gar nicht so gemeint – das war falsch, das so zu sagen. Und das erleben wir gerade auch bei besagtem Malbuch. Aber, ernst gemeint ist es natürlich nicht. Diese Taktik wiederholt sich immer wieder. Und immer



wieder, versucht sich die AfD als Opfer darzustellen, das von den anderen Parteien und Fraktionen ausgeschlossen wird.

Aber die AfD ist nicht Opfer, sie ist Täter!

Und dann gab es da noch diesen unfassbaren Dammbbruch in Thüringen. Wo CDU, FDP und die AfD gemeinsam die „bürgerliche Mitte“ sein wollten und gemeinsam einen Ministerpräsidenten wählten. Man kann ja mal schauen, wie weit man gehen kann, um an die Macht zu kommen. Man kann ja mal schauen, ob man die AfD hoffähig machen kann, um Mehrheiten jenseits von SPD und Grünen hinzubekommen.

Selbstverständlich geschieht so etwas mit Kalkül. Jeder auf Seiten von CDU und FDP wusste vorher, dass die AfD für Kemmerich stimmen wird. Dass sie die Gelegenheit nutzen wird, um die Demokratie mit ihren eigenen Waffen zu schlagen. Man weiß es nicht, ob das Verhalten von CDU und FDP und allen voran Thomas Kemmerich einfach nur naiv war – die Folgen, die ein solches Ereignis hat, unterschätzend. Vielleicht war es auch Kalkül, um die für die FDP einzigartige Chance zu nutzen, Macht zu erlangen. Beide Hintergründe wären gleich schlimm und sind einfach nur schändlich für Deutschland.

Im Landtag haben wir über den Dammbbruch von Thüringen diskutiert – im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Gerade einmal drei Wochen, nachdem uns an selber Stelle die Todesdrohungen gegen Kommunalpolitiker*innen und Journalist*innen in NRW beschäftigt haben: „Wir kriegen Euch alle!“

Was in dieser Zeit leider immer noch nicht in die Köpfe vieler konservativer Menschen rein will: Rechtsextremismus und Linksextremismus darf man nicht gleichstellen. Wer das tut, relativiert die unfassbaren Verbrechen, die wir in den letzten Monaten erleben mussten. Derjenige relativiert aber auch die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die zwischen 1933 und 1945 millionenfach in Europa verübt wurden.

Und klar ist: Antifaschismus ist keine linksextremistische Einstellung, die auf Gewalt basiert. Antifaschismus ist kein Verbrechen. Antifaschist*innen engagieren sich gegen Rechtsextremismus. Sie demonstrieren gegen rechte Gesinnungen. Sie engagieren sich, um junge Menschen über die Verbrechen des Nationalsozialismus aufzuklären. Sie erheben ihr Wort, wenn irgendwo rassistische, antisemitische und menschenverachtende Äußerungen gemacht werden. Antifaschist*in ist jede*r, die/der sich gegen Rechtsextremismus einsetzt, im privaten Umfeld wie öffentlich. Es müsste in einer demokratischen Gesellschaft eigentlich eine Bürgerpflicht sein, antifaschistisch eingestellt zu sein und gegen rechte Tendenzen Flagge zu zeigen. Nur so schaffen wir es, unseren demokratisch verfassten Rechtsstaat zu verteidigen!

Video: Thomas Kutschaty und Nadja Lüders im Landtag zur Ministerpräsidentenwahl in Thüringen: bit.ly/2VG0C2g



SPD-Fraktion NRW stellt Masterplan Rechtsextremismus vor

Bottrop, Essen, Kassel, Halle, Hanau.

Innerhalb von kaum mehr als 12 Monaten hat uns eine Vielzahl schrecklicher Verbrechen vor Augen geführt, dass der rechte Terror in unserem Land wieder an der Tagesordnung ist. Vor nicht einmal zwei Wochen hat der Generalbundesanwalt zudem eine mutmaßlich rechtsextremistische Terror-Zelle dingfest gemacht, die offenbar die schlimmsten Anschläge in der deutschen Nachkriegsgeschichte geplant hat.

Allein dass sie entdeckt worden ist, lässt aber noch nicht den Schluss zu, dass die Gefahr dadurch gebannt ist. Darauf hatte mein Fraktionskollege Sven Wolf bereits vergangene Woche Dienstag hingewiesen. Und nur zwei Tage später wurden zehn zum Teil noch junge Menschen Opfer einer rassistischen Gewalttat im hessischen Hanau.

Auch wenn diese beiden Ereignisse bzw. Taten nicht im direkten Zusammenhang stehen mögen, so machen sie doch eines deutlich: Sie sind verbunden durch eine menschenverachtende Ideologie. Diese Ideologie bedroht unsere offene und liberale Demokratie. Deshalb muss man ausdrücklich betonen: Niemand kann und darf deshalb mehr von „psychisch kranken Einzeltätern“ sprechen. Die Bedrohung ist systematisch. Und sie ist real.

Wir dürfen jetzt keine Zeit mehr verlieren. Und wir müssen endlich mit dem Stückwerk aufhören, das den Kampf gegen Rechts bisher geprägt hat. Was wir brauchen, ist ein Masterplan gegen Rechtsextremismus. Einen Entwurf hat die SPD-Landtagsfraktion in dieser Woche der Presse vorgestellt.

Wir wollen diesen Masterplan kommende Woche als Antrag für das Plenum beschließen. Dabei haben wir den Antrag bewusst fachübergreifend angelegt, weil wir davon überzeugt sind, dass der Kampf gegen Rechts nur ganzheitlich gewonnen werden kann.

Unser Plan umfasst 55 Maßnahmen aus dem Bereich der Innen- und Justizpolitik, aus dem Bereich von Kinder, Bildung und Jugend sowie aus dem Integrations-, Wissenschafts- und diversen Querschnittsbereichen. Den Entwurf könnt Ihr hier nachlesen.

Seit über einem Jahr haben wir als SPD-Fraktion immer wieder diverse Initiativen gegen den Rechtsextremismus im Landtag gestartet. Bisher ohne Reaktion durch die Landesregierung. Es wird Zeit, dass Schwarz-Gelb endlich handelt. Jetzt!

NRW DIE FRAKTION SPD

Masterplan Rechtsextremismus

Unsere zentralen Forderungen:

- ▶▶ **Identitäre Bewegung und neurechte Hass-Netzwerke verbieten**
- ▶▶ **Beobachtung der AFD NRW durch den Verfassungsschutz prüfen lassen**
- ▶▶ **Nicht vollstreckte Haftbefehle gegen Rechtsextreme sofort vollstrecken**
- ▶▶ **Aufstockung des Personals bei der Polizei im Kampf gegen Rechtsextremismus**
- ▶▶ **Sofortiger Schutz von Moscheen, Synagogen und religiösen Einrichtungen**
- ▶▶ **Antisemitismusbeauftragte beim Landeskriminalamt**
- ▶▶ **Aussteigerprogramm „Wegweiser“ auf Rechtsextremismus ausweiten**
- ▶▶ **Demokratische Kompetenzen im Schulunterricht stärken**

#KlareKanteGegenRechts

Für die Vielen, nicht die Wenigen!

#FairGehtMehr – #DuBistEsWert – #ZusammenWachsen.

An diesen drei Leitmotiven wird die SPD-Fraktion im Landtag NRW künftig ihre parlamentarische Arbeit ausrichten. Auf einer Jahresauftaktkonferenz Anfang Februar haben wir diese Leitmotive vorgestellt und zusammen mit mehr als 600 Teilnehmer*innen diskutiert. Es geht uns um Sicherheit und Leistungsgerechtigkeit. Um Anerkennung und Respekt für harte Arbeit. Um Chancengleichheit für alle Kinder und um die Regeln einer toleranten und gerechten Gesellschaft, an die sich jeder halten muss. Für die Vielen, nicht die Wenigen. Das ist für uns Anspruch und Aufgabe.

Sozialer Fortschritt bedeutet, Zukunft gerecht zu verteilen, nicht zuletzt bei der Bewältigung der großen Herausforderungen, wie der digitale Wandel, die Mobilitätswende und der Klimaschutz, vor denen wir stehen. Dabei wollen wir an der Seite der Arbeitnehmer*innen stehen. Wir wollen für die echten Leistungsträger*innen in diesem Land Partei ergreifen: für Handwerker und Verkäuferinnen, für Lehrerinnen und Maschinenführer, für die Frauen und Männer, die für uns



sie alle fahren, putzen, kochen und reparieren, die erfinden, entwickeln und bauen. Zusammen sind sie die Vielen, mit vielen Gemeinsamkeiten. Und auf diese Gemeinsamkeiten kommt es an. Wir wollen Wandel, der zu sozialem Fortschritt wird. Für die Vielen, nicht die Wenigen.

In einem nächsten Schritt werden wir diese drei Leitmotive nun mit Leben füllen. Dazu werden wir konkrete politische Forderungen und Maßnahmen erarbeiten. Als gleichstellungspolitische Sprecherin werde ich an der Ausgestaltung des Leitmotivs #ZusammenWachsen mitarbeiten. Bereits im letzten Jahr hatte mein Arbeitskreis Gleichstellung und Frauen einen Antrag erarbeitet, mit dem wir die bessere Unterstützung von alleinerziehenden Müttern und Vätern erreichen wollen. Diesen hat unsere Fraktion ins Plenum eingebracht und er wird ein Teil des Leitmotivs #ZusammenWachsen sein.

Gerade alleinerziehende Eltern und ihre Kinder sind wie keine andere Gruppe in unserer Gesellschaft einem hohen Armutsrisiko ausgesetzt. Ihre Startchancen sind weitaus schlechter als die von Kindern aus Familien mit zwei Elternteilen. Daher wollen wir mit einem Förderprogramm und einer Kindergrundsicherung eine bessere Unterstützung für Alleinerziehende schaffen, damit sie zum einen mehr Zeit für ihre Kinder und diese auf der anderen Seite gerechtere Chancen und Lebensbedingungen erhalten. Alleinerziehende haben im Berufsleben oft das Nachsehen. Das wollen wir ändern, indem wir auf Alleinerziehende ausgerichtete Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten ausweiten wollen.

Video: Für die Vielen, nicht die wenigen: bit.ly/2Tr9asn

Sozialer Fortschritt. Magazin der SPD Fraktion NRW, Ausgabe 1-2020: bit.ly/32UbhrC

Neue Vorsitzende der AWO Dortmund

Am Samstag wurde ich zur Vorsitzenden des AWO Unterbezirks Dortmund gewählt. Damit übernehme ich die Nachfolge meiner im Januar plötzlich verstorbenen Freundin und Förderin Gerda Kieninger.

Eine AWO ohne Gerda ist eigentlich nur schwer vorstellbar. Seit 17 Jahren war sie Vorsitzende und dabei immer eine wichtige Streiterin für soziale Gerechtigkeit und Gleichstellung in Dortmund und Nordrhein-Westfalen. Mit ihr verliert die AWO eine Persönlichkeit, die den Verband wie kaum eine andere geprägt hat.

Für mich war es eine Selbstverständlichkeit in dieser schweren Zeit Verantwortung zu übernehmen und meine AWO nicht im Stich zu lassen - auch wenn es sehr große Fußstapfen sind, die Gerda hinterlässt. Viele Menschen im Vorstand und aus den Ortsvereinen haben mich gefragt, ob ich das Amt übernehmen kann. Insofern freut es mich, dass ich mit einem überragenden Ergebnis von den 128 Delegierten aus den Ortsvereinen gewählt wurde. Es ist mir eine Ehre und zugleich Verpflichtung, mich gemeinsam mit meinen AWO-Freundinnen und Freunden, für eine sozial gerechtere Gesellschaft einzusetzen.



Mit einem Praktikum in einer Bochumer Obdachlosensiedlung fing alles 1988 an. Seitdem bin ich der AWO haupt- und ehrenamtlich verbunden, zuerst in verschiedenen Funktionen beim AWO Kreisverband Bochum und im AWO Unterbezirk Ruhr-Mitte, seit 2009 dann als Leiterin der Verbands- und Öffentlichkeitsarbeit im AWO Unterbezirk Dortmund. Auch nach dem Einzug in den Landtag blieb ich natürlich meiner AWO treu. Seit jeher prägen die AWO-Werte Solidarität, Freiheit, Toleranz, Gleichheit und Gerechtigkeit mein Leben im Beruflichen wie im Privaten.

Aber eine gerechte und solidarische Gesellschaft ist kein Selbstläufer. Sie muss jeden Tag erneut erkämpft werden. Das erleben wir momentan. Das Schreckgespenst des Neoliberalismus und der Privatisierungswahn in der Politik sind noch nicht überwunden. Das merken wir jeden Tag im politischen Geschehen. Wo den freien Wohlfahrtsverbänden immer mehr Steine vor die Füße

geworfen werden, wo finanzielle Mittel für soziale Herausforderungen gekürzt werden, wo bürokratische Hürden immer höher werden und wo sich gemeinnützige Träger immer öfter dem Wettbewerb gewinnorientierter Unternehmen stellen sollen.

Diese Entwicklung gefährdet die Existenz, nicht nur der AWO, sondern der freien Wohlfahrtspflege generell. Diese Entwicklung trifft die Menschen, denen im Leben nicht so viel Geld zur Verfügung steht. Die nach einem harten Arbeitsleben, Familienerziehung und Pflegezeiten mit der Rente nur so gerade eben über die Runden kommen. Das trifft Alleinerziehende, die im Spannungsfeld Familie und Job in letzterem meistens zurückstecken. Und es trifft Arbeitslose und Geringverdiener, die auf kompetente Beratungsangebote angewiesen sind. Für ihre Rechte wollen wir kämpfen. Ihnen möchte ich als AWO-Vorsitzende eine Lobby geben.

Es gibt aber auch ein zweites Schreckgespenst, das seit einigen Jahren durch unser Land zieht. Das gerade in den letzten Tagen immer wieder zu sehen war – in Thüringen, in Hanau, in Halle und viel zu oft auch bei uns in Dortmund. Das ist der ausufernde Rechtsextremismus. Dabei ist es unerträglich, wie konservative Kräfte der AfD den Weg ebnen wollen. Wie die AfD hoffähig gemacht werden soll. Eine Partei der Faschisten, die mittlerweile offen die Rhetorik des Nationalsozialismus übernommen hat. Die Teile unserer Gesellschaft ausschließen will. Die einen Keil in unsere Gesellschaft treiben will. Und die vor allem den gewaltbereiten Rechtsextremismus und -terrorismus anheizt.

Diese Entwicklung macht mir Sorge. Deshalb werden wir als AWO unseren Kampf gegen rechte Hetze und Ausgrenzung noch deutlicher als bisher fortsetzen! Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus haben in unserer Stadt und in unserem Land keinen Platz!

Die AWO war immer ein starker Partner in der Dortmunder Stadtgesellschaft, egal ob es um Solidarität, Zusammenhalt oder Gerechtigkeit ging. Wir sind da und machen unseren Mund auf! Immer im Interesse der Menschen, die keine oder nur eine ganz leise Stimme haben. Das wird auch in Zukunft so bleiben!

Video: Meine Rede auf der AWO-Unterbezirkskonferenz: bit.ly/32WImnU

Metro verkauft Real: Zukunft der Mitarbeiter ungewiss

Metro verkauft Real. Dies beschlossen die Metro-Aktionäre am Freitag auf der Metro-Hauptversammlung in Düsseldorf. Käufer ist eine russische Investorengruppe um SCP Group und X+Bricks. Zusammen mit der SPD-Landtagsfraktion NRW und der AfA NRW habe ich den Protest von rund 1.000 Kolleg*innen von Real unterstützt, die vor dem Düsseldorfer Congress-Center für ihre Zukunft demonstrierten. Landesweit wurden die Real-Filialen bestreikt. Geschätzt 10.000 von 34.000 Arbeitsplätzen sind akut von einer Streichung betroffen.

Ein Teil der Läden soll geschlossen und ein weiterer Teil soll verkauft werden. Die Läden, die als Real zunächst zwei Jahren weitermachen dürfen, verlieren aufgrund des Schrumpfens weiter an Schlagkraft, so dass man davon ausgehen kann, dass in naher Zukunft die verbliebenen Filialen von Real ebenfalls verkauft werden. Die Mitarbeiter*innen bangen also alle um ihre Zukunft.



Hinter dem Deal steckt ein eindeutiges Interesse: Die SCP Group und X-Bricks sind keine Handelsunternehmen. Sie entwickeln Immobilien. Daher ist davon auszugehen, dass das Kaufinteresse einzig allein den Real-Grundstücken dient.

Bei all den Verhandlungen wurde der Betriebsrat außen vor gelassen. Dem oben drauf gesetzt wurde eine dreiste Form der Tarifflicht, um potentiellen Käufer*innen den Kauf von Real schmackhaft zu machen.

Gerade in Dortmund haben wir uns regelmäßig mit dem Betriebsrat von Real ausgetauscht. Real ist ein wichtiger Arbeitgeber in Dortmund. Daher war uns ein fairer Umgang mit den Mitarbeiter*innen und ein Erhalt der Handelskette wichtig. Als nun die aktuellen Verkaufsabsichten bekannt wurden, haben wir im Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landtag eine aktuelle Viertelstunde beantragt. Wir wollten wissen, wie sich Arbeitsminister Karl-Josef Laumann für die Mitarbeiter*innen von Real einsetzen wird. Dass er wenig direkte Einflussmöglichkeiten hat, war uns durchaus bewusst. Wir haben aber erwartet, dass er das Wort für die um ihre Zukunft bangenden Kolleg*innen und ihre Familien macht und Metro-Chef Olaf Koch sagt, dass man mit Menschen so nicht umgehen darf. Doch die einzige Antwort, die Laumann für die Menschen hatte, war: Warten wir doch erstmal ab, was passiert. Was dann letztendlich passierte, konnte man dann wenige Tage später in Düsseldorf sehen. Die schlimmsten Befürchtungen sind eingetroffen und die Landesregierung hat nichts dagegen getan.



*Video: Rede von Josef Neumann, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion NRW auf der Real-Kundgebung am 14.02.2020 in Düsseldorf: youtu.be/WZHZDPGiBqQ
Solidaritätsadresse der AfA NRW: bit.ly/2lopDap*



Guntram Schneider und Gerda Kieninger: Zwei großartige Sozialdemokrat*innen sind von uns gegangen

Nicht nur für mich, sondern auch für viele Genoss*innen und Freund*innen in Dortmund und ganz NRW, war der Januar ein äußerst trauriger Monat. Mit Guntram Schneider und Gerda Kieninger verstarben zwei großartige Sozialdemokrat*innen. Ich verlor zwei gute Freund*innen und Mentor*innen, mit denen ich unvergessliche Erlebnisse hatte und denen ich so viel verdanke. Auf meiner Internetseite habe ich beiden mit sehr persönlichen Worten und Anekdoten gedacht. Ich vergesse Euch nie!

Mein Blogartikel zum Tod von Guntram Schneider: bit.ly/2vJtNXG

Mein Blogartikel zum Tod von Gerda Kieninger: bit.ly/39pEPjr

Alleinerziehende unterstützen: Eine funktionierende Familie darf nicht von der Zahl der Elternteile abhängen

Alleinerziehende leisten jeden Tag viel, damit ihre kleine Familie funktioniert. Sie gehen arbeiten, damit ihre Kinder unbeschwert aufwachsen können. Sie organisieren den Haushalt und erziehen die Kinder. Dies ohne eine*n Partner*in zu schaffen, verlangt ihnen viel ab. Oft fehlen ihnen die Zeit und das Geld, welche Familien mit zwei Elternteilen zur Verfügung stehen. Daher wollen wir Alleinerziehende unterstützen.

Alleinerziehende und ihre Kinder haben das höchste Armutsrisiko. Oft ist Arbeit nur in Teilzeit möglich, wenn man Familie und Beruf unter einen Hut bekommen möchte. Viele Alleinerziehende beziehen staatliche Sozialleistungen. Ein berufliches Weiterkommen ist für sie oft nicht möglich. Durch das niedrigere Einkommen haben Alleinerziehende Einbußen bei der Altersversorgung und können weniger am gesellschaftlichen Leben teilhaben.

Alleinerziehende haben aufgrund der Mehrfachbelastung weniger Zeit für ihre Kinder, aber auch für sich selbst, z.B. für Hobbys und soziale Kontakte. Gerade alleinerziehende Mütter arbeiten überdurchschnittlich oft in Berufen mit besonders frühen oder späten Arbeitszeiten. Passt die



Kinderbetreuung nicht zur Arbeitszeit, wird das zu einem Problem. Ohne enge Freund*innen und Verwandte haben sie es dann schwer.

Wir finden, dass Alleinerziehende jeden Tag Großartiges leisten. Sie werden in unserer Gesellschaft aber oft benachteiligt. Das ist ungerecht!

Daher wollen wir sie mit unserem Konzept stärker unterstützen:

1. Flächendeckende Unterstützung, die ankommt

Wir wollen landesweit flächendeckend und bedarfsgerecht qualifizierte Beratungs- und Unterstützungsangebote schaffen. Ein ressortübergreifendes Förderprogramm zur Unterstützung alleinerziehender Eltern soll Benachteiligungen bei Qualifizierung, Arbeitsmarktintegration, Kinderbetreuung und Teilzeitmöglichkeiten abbauen.

2. Beruflichen Fortschritt ermöglichen

Wir wollen die Möglichkeiten, eine Ausbildung oder ein Studium in Teilzeit zu absolvieren, ausbauen und qualitativ weiterentwickeln. Auch die berufliche Weiterbildung soll sich stärker an den Bedürfnissen von Alleinerziehenden orientieren. Mit der Agentur für Arbeit und den Jobcentern wollen wir den Wiedereinstieg nach Erziehungs- oder Pflegezeiten erleichtern. Eine Kampagne soll Alleinerziehende und Unternehmen über Elternzeitmodelle und Teilzeitweiterbildungsmöglichkeiten informieren.

3. Kinderbetreuung verbessern

Unser Ziel ist eine familien- und kindgerechte Bereitstellung von ausreichend Betreuungsmöglichkeiten für Kinder auch in Randzeiten. Wir fordern die Abschaffung der Kita-Gebühren, um Familien zu entlasten. Dafür brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung der frühkindlichen Bildung.

4. Mehr Zeit für die Familie

Wir wollen Alleinerziehende im Haushalt entlasten. In einem Modellprojekt wollen wir untersuchen, ob Gutscheine für die Inanspruchnahme haushaltsnaher Dienstleistungen ein erfolgreiches Mittel sein können. Wir wollen außerdem die Angebote der Familienerholung stärken und ausbauen und die Rahmenbedingungen für Elternschafts- und Pflegeurlaub verbessern.

5. Armut bekämpfen

Wir setzen uns für die Einführung einer Kindergrundsicherung ein, die alle staatlichen Leistungen der Kinderförderung zu einer einheitlichen finanziellen Leistung zusammenführt. Teilnehmer*innen einer Weiterbildungsmaßnahme sollen einen auskömmlichen Zuschuss zum Arbeitslosengeld erhalten. Außerdem wollen wir steuerliche Nachteile von Alleinerziehenden beseitigen.

Neuer Bahnhof für Barop

Die Deutsche Bahn hat im Januar in der Landespressekonferenz ihre Infrastrukturprojekte für Nordrhein-Westfalen vorgestellt. Eines der 21 Projekte, die bis 2029 umgesetzt werden sollen, ist der Neubau des Bahnhofs Dortmund-Barop. Das ist ein toller Erfolg, für den ich mich mit meinen Genoss*innen im Stadtbezirk Hombruch eingesetzt habe.



Gemeinsam haben wir uns auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene für das Projekt stark gemacht hat. Diese Investition erhöht die Attraktivität des öffentlichen Nahverkehrs im Stadtbezirk Hombruch. Das ist für die Menschen gut, aber auch für Umwelt und Klima.

Damit wird der alte Bahnhof hinter dem Kaufland-Supermarkt, an dem die S5 von Dortmund nach Witten und Hagen hält, in einigen Jahren Geschichte sein, denn der neue Bahnhof soll nach Norden verlegt werden – zwischen der jetzigen Station und der Stockumer Straße, mit direktem Anschluss an die bereits existierende Stadtbahn- und Bushaltestelle Parkhaus Barop. Eine Forderung, für die sich die SPD lange eingesetzt hat.

Für die Bürgerinnen und Bürger in Barop und Hombruch ist das eine tolle Nachricht. Auf die Umsetzung des neuen Haltepunktes haben wir lange gewartet. Durch den Neubau wird zudem das zukünftige Wohngebiet Luisenglück noch besser an den öffentlichen Nahverkehr angeschlossen. Die Verlagerung des S-Bahnhaltepunktes wird viele Pendlerinnen und Pendler freuen. Am neuen Standort am Knotenpunkt Parkhaus Barop ist dann zukünftig der Umstieg zwischen S-Bahn, Bus und Stadtbahn möglich. Pendlerinnen und Pendler werden dadurch mehr Zeit gewinnen. Das wertet den gesamten Stadtbezirk auf.

Etwas warten müssen die Menschen in Hombruch und Barop dennoch. Das Infrastrukturprogramm der Deutschen Bahn läuft bis 2029. Da das Projekt in Barop allerdings zur ersten Tranche gehört, wird der Bahnhof als einer der ersten realisiert.

Der neue Bahnhof ist aber nicht nur durch den direkten Anschluss an die Stockumer Straße eine Aufwertung. Der Zustand des Haltepunktes Barop ist seit vielen Jahren schlecht. Der Fußgängertunnel, in dem es nach Urin stinkt, ist für viele Menschen ein Angstraum. Auch der Bahnhofsvorplatz wirkt trist und provisorisch.

Wiederwahl auf der AfA Landeskonzferenz NRW

Auf der Landeskonzferenz der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmer*innenfragen in der NRW SPD (kurz: AfA) wurde ich mit über 92 Prozent als Vorsitzende wiedergewählt. Dieses Ergebnis ist ein ordentliches Pfund, das mich in meiner Arbeit der letzten beiden Jahren bestätigt hat.

Die Konferenz, die im Hause der AWO Gelsenkirchen stattfand, begann mit einer Schweigeminute für Guntram Schneider, der eigentlich als Gast bei uns sein sollte. Der ehemalige stellvertretende AfA-Bundesvorsitzende war ein Kämpfer für die Interessen von Arbeitnehmer*innen, der als Werkzeugmacher immer wusste, woher er kam. Egal, ob als DGB-Landesvorsitzender oder später als NRW-Arbeitsminister, ihm lag stets die chancengerechte Entwicklung junger Menschen und die Stärkung der dualen betrieblichen Ausbildung am Herzen. Mit ihm starb ein großer Sozialdemokrat und Gewerkschafter, der Vorbild war und sein wird und der uns allen fehlen wird. Wir denken gerne an die vielen Begegnungen und seine häufigen Besuche bei der AfA NRW zurück.

Mit einem weinenden Auge haben wir unseren AfA-Bundesvorsitzenden Klaus Barthel verabschiedet. Er wird auf der AfA-Bundeskonzferenz im April nicht erneut kandidieren. Er hat die AfA in den letzten Jahren geprägt, wie kein anderer. Seine Nachfolge antreten wollen die beiden Bundestagsabgeordneten Cansel Kiziltepe aus Berlin und Uwe Schmidt aus Bremen, die sich den Delegierten vorstellten.

In meiner Rede an die Delegierten habe ich auf den neuen Kurs verwiesen, den die SPD in Bund und Land auf ihren Parteitag in den letzten Monaten beschlossen hatte. Wir starten in eine neue Zeit, in der wir uns auf unsere Wurzeln besinnen, um die Zukunft für die Menschen in unserem Land zu gestalten. Dabei werden Arbeitnehmer*innenfragen eine wichtige Rolle spielen

angesichts der fortschreitenden Digitalisierung unserer Arbeitswelt. Das wollen wir als AfA mitgestalten.

Am Erneuerungsprozess Rot Pur der NRWSPD hatten wir uns bereits intensiv beteiligt. Vorab hatten wir einen eigenen Diskussionsprozess in der AfA gestartet und unsere eigenen AfA-Positionen festgelegt. Ich danke allen AfA-Unterbezirken, die sich an diesem Prozess beteiligten.

Eine erste Maßnahme, die wir vor zwei Jahren angepackt hatten, war jedoch die Öffentlichkeitsarbeit. Die Homepage wurde überarbeitet, ein Facebook-Auftritt, der mit seinen Postings bis zu mehrere Tausend Menschen erreicht, und ein AfA NRW-Imageflyer waren das Ergebnis.

Für die nächsten zwei Jahre haben wir einiges vor. Wir wollen die AfA-Unterbezirke dazu ermutigen, jährliche Betriebsrätekonferenzen vor Ort zu organisieren. Wir müssen wieder stärker an die Arbeitnehmer*innen ran. Wir wollen die Engagierten in den Betrieben und Gewerkschaften inhaltlich einbinden und in und vor den Betrieben für SPD- und AfA-Politik werben. Dafür bietet natürlich der Kommunalwahlkampf im September die beste Gelegenheit. Wir werden uns als AfA dort nicht raus stellen. Aber auch die Anwesenheit und Solidarität bei Kundgebungen und Streiks ist wichtig. Meine Erfahrungen in den letzten zwei Jahren zeigt, dass viele Arbeitnehmer*innen sich dadurch wertgeschätzt fühlen.

Thematisch breit aufgestellt, diskutierten wir im Anschluss über mehrere Anträge, insbesondere zu den Themen Tarifbindung, Home-Office/Mobile Arbeit, Überstunden, Mehrarbeit und Mitbestimmungsrechte der Arbeitnehmer*innen im öffentlichen Dienst.

Meine Rede auf der AfA-Landeskonferenz: bit.ly/2TubrTA

Zu Besuch im Landtag



Was ich sonst noch so erlebt habe...



Jubilarehrung im SPD OV Ardey



Jubilarehrung im SPD OV Ardey



Jubilarehrung im SPD OV Ardey



20 Jahre ObdachlosenKaffee St. Reinoldi



Neujahrsempfang AWO OV Kirchhörde/Kruckel/Löttringhausen



Neujahrsempfang AWO OV Kirchhörde/Kruckel/Löttringhausen



Eröffnung der Frauenübernachtungs-
stelle der Diakonie Dortmund



Im Januar machte Vanessa Meurer ein
Praktikum in meinem Wahlkreisbüro.



Der Betriebsrat von Real besuchte die Sitzung des Ausschusses für
Arbeit, Gesundheit und Soziales im Landtag.



Mit Inge Blask MdL besuchte ich die
Schulden- und Insolvenzberatung des
Kath. Vereins für soziale Dienste



Mit Nadja Lüders MdL besuchte ich die
Kita Kinderarche in Bövinghausen.



Besuch des Obdachlosenhilfs-
einrichtung Gast-Haus.



Holocaust-Gedenktag



Red Hand Day im Kampf gegen den Einsatz
von Kindersoldaten



Neujahrsempfang SPD SB Lütgendortmund/Marten